LANDTAG
Rheinland-Pfalz
EK 17/2 - 59
VORLAGE

Anhörung 11.09.20: Aktueller Forschungsstand der Wissenschaft

Stellungnahme und Empfehlungen der Fraktion der AfD

Herr Prof. Wieler, Präsident des Robert Koch-Instituts, hatte seine Teilnahme als Anzuhörender zu o.a. Sitzungstermin leider abgesagt.
Eine Vertretungsperson wurde nicht entsandt, eine schriftliche Stellungnahme zu o.a. Beratungsgegenstand liegt nicht vor; dies bedauern und kritisieren wir.

In den zurückliegenden zehn Monaten konnten wir das SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen beobachten und erfuhren Näheres über Ausbreitungswege, „Neuinfektionsraten“ bzw. positive PCR-Testzahlen, Letalitäts- und Sterblichkeitsraten und Hospitalisierungen. Auch wissen wir mehr über die Dunkelziffer.
Viele namhafte Autoren haben diesbezüglich über die Ergebnisse ihrer Studien berichtet.
Prof. Ioannidis, mit einer der seriösesten und weltweit am häufigsten zitierte Wissenschaftler, führte Ergebnisse von mehr als sechzig über die Welt verteilte Antikörper-Studien zusammen und bewertete sie.
Diese, in seiner Studie (peer-reviewed, accepted and edited) dargestellten Resultate, ergeben eine weltweite SARS-CoV-2 - Infektionssterblichkeitsrate von etwa 0,2 Prozent.
Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem Resümee von Herrn Prof. Püschel. Seine Studienergebnisse legen dar, daß COVID-19 „keine besonders gefährliche Virusinfektion“ sei und SARS-CoV-2 kein Killervirus. „Die rein medizinische Problematik ist ähnlich einzuschätzen wie die Influenza“. Es solle unbedingt versucht werden, unnötige Reaktionen in der Bevölkerung im Sinne von Angst und Panik zu vermeiden. Dennoch stelle er Tendenzen fest, wonach die ganz überwiegend unkomplizierten positiven Verläufe mit vollständiger Ausheilung der Infektion unerwähnt bleiben und stattdessen die wenigen, negativen Einzelverläufe bzw. die Betonung einzelner Spätfolgen dieser Viruserkrankung in den Fokus der Berichterstattung gerückt würden.

Auch muß die Präsentation der täglich von der Landesseite Rheinland-Pfalz dargestellten Zahlen genauer betrachtet werden.
Kumulative Darstellungsweisen bestätigter SARS-CoV-2 Fälle suggerieren steigende Zahlen. Sie täuschen dadurch dem Betrachter aktuell eine insgesamt hohe Infektions- und oder Erkrankungszahl vor.
Ob es sich im Übrigen bei diesen „Fällen“ um infizierte, infektiöse, asymptomatische oder auch um erkrankte Personen handelt, ist nicht

ersichtlich, ist aber für den interessierten Bürger wichtig. Es handelt sich damit um eine intransparente Darstellung von Zahlen, denen einzelne Bezüge und damit der Gesamtbezug fehlt.

Empfehlungen der Fraktion der AfD

Das realistische Infektionsgeschehen muß transparent und gut nachvollziehbar für die Bürger dargelegt werden: Anzahl Testungen, prozentualer Anteil positiv auf SARS-CoV-2 Getesteter und den prozentualer Anteil asymptomatischer und symptomatischer Menschen hieran und den prozentualen Anteil an Hospitalisierten. Ebenso ist es erforderlich, die Genesungsrate von ausschließlich erkrankten Personen abzubilden. Der prozentuale Anteil der verstorbenen Patienten, einschließlich der Aufführung des Altersgradienten, gehört ebenso zur Darstellung dazu.
In diesem Zusammenhang bejahte die Landesregierung, daß nicht differenziert werde, ob Patienten an den Folgen der CORONA-Virus-Infektion oder in Begleitung des Virus verstorben sind bzw. versterben. Dies werten wir als Skandal. Die Anzahl an Verstorbenen wird hierdurch relativiert.
In diesem Zusammenhang verwies Herr Prof. Püschel auf das Infektionsschutzgesetz, welches ausdrücklich vorsieht, die Toten genau zu untersuchen, „weil man eben etwas lernen kann“.
Aus all‘ den o.a. Teilmengen entsteht ein Gesamtbild. Dieses sollte die homepage der Landesseite vermitteln; die Bürger haben ein Anrecht darauf - vieles würde sich relativieren, Ängste könnten abgebaut werden. Nichts konserviert Ängste mehr als Unwissenheit, die zur Unsicherheit wird.

Für Herrn Prof. Müller sind z. B. die täglichen Lageberichte des Robert Koch-Institutes schwer durchschaubar, weil auch hier Zahlen und Daten ohne Bezüge „mit einer Tendenz zur Dramatisierung“ aufgeführt sind. Dieses Zahlenmaterial werde von den Leitmedien unkritisch übernommen und weiterverbreitet. Die Verdrängung und Diskreditierung andersartiger Informationsquellen, die sich sehr kritisch mit den staatlichen Informationen befassen, laufe der Informationsfreiheit zuwider. Die Diffamierung Andersdenkender (Covidioten) schade der Demokratie.

Empfehlungen der Fraktion der AfD

Das grundgesetzlich verankerte Recht des Bürgers, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert informieren zu können, muß gewahrt bleiben. Eine ausgewogene Information durch Informationsvielfalt, insbesondere auch im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk, muß für die Bürger sichergestellt werden.

Aus unserer Sicht haben sich Politik und öffentliche Meinung selten so sehr auf den Rat von nur wenigen Fachleuten gestützt wie jetzt in der Coronakrise. Und

es stellt sich die Frage, ob die Expertengremien genügend interdisziplinär und ausgewogen zusammengesetzt sind, um die Politik in dieser Krise mit Gelassenheit und Augenmaß beraten zu können.
Ein breit aufgestellter interdisziplinärer Austausch hätte uns möglicherweise Fehlinterpretationen bzw. astronomische Fehlrechnungen mit ihren noch nicht absehbaren Folgen erspart.

Empfehlungen der Fraktion der AfD

Schaffung eines interdisziplinären Expertenteams (Virologen, Pathologen, Soziologen, Epidemiologen, Intensivmedizinern u.v.m.), welches in jeder Fachdisziplin doppelt besetzt ist und gegensätzliche Meinungen und gegensätzliche Standpunkte zum Corona-Geschehen und -Management und zu angedachten Eindämmungsstrategien bezieht.
Hieraus ergibt sich in der Positionierung divergierender Ansichten auch für die Bürger ein echter Informationsgewinn; Herr Prof. Murswiek hatte dies bereits angemahnt.

Zur anhaltenden Krisensituation trägt eine nicht risikoadäquate Kommunikation bei. So sind teilweise widersprüchliche Äußerungen der Hauptakteure zu vernehmen; verbale Aufrüstungen nehmen zu. Begriffe wie „Unheil“, „Naturkatastrophe“, „Kliniken laufen voll“, „es ist sehr ernst“, „es geht um Leben und Tod“ sind an der Tagesordnung. Die Frage stellt sich, ob diese Einordnungen angesichts der Sterblichkeitsrate durch SARS-CoV-2 noch verhältnismäßig sind.
Mit diesem Repertoire nehmen die Ängste bei den Bürgern weiter zu. Rationales Denken wird durch Angst und Furcht ersetzt. Eine dauerhafte Angst- und Panikkommunikationsstrategie zermürbt die Menschen. Ängste chronifizieren sich, beeinträchtigen das Immunsystem in seiner Funktion und erzeugen die Kranken von morgen mit all‘ den daraus resultierenden Erkrankungen psychischer und physischer Art.
Diese Kommunikation führt auch dazu, daß Patienten Arztkonsultationen und Selbsteinweisungen vermeiden aus Angst vor einer Infektion. Sie nehmen das Risiko eines viel schlechteren Verlaufes ihrer Erkrankung oder gar des eigenen Todes in Kauf.
Diese Kommunikationsstrategie ist nicht geeignet, die Bürger mitzunehmen, bietet Raum für eigene Interpretationen: Die Bürger suchen sich ihr eigenes Narrativ; Verschwörungen entfalten sich, gesellschaftliche Risse bis gar zur Spaltung entstehen. Dies dann von den Regierenden zu verurteilen, ist nicht glaubwürdig, da sie den Grundstein hierfür selbst gelegt haben.
Das kann nicht hingenommen werden.

Empfehlungen der Fraktion der AfD

Aus der bisherigen angst- und panikerzeugenden Kommunikation ist die Konsequenz zu ziehen, sich auf die Entwicklung einer evidenzbasierten, qualitativ hochwertigen Krisenkommunikation zu konzentrieren, welche die Bürger mitnimmt und Spaltungen in der Gesellschaft erst gar nicht entstehen läßt.

Die Entwicklung von Impfstoffen bedeutete einen Meilenstein in der Beherrschung von Infektionskrankheiten.
Über den neuartigen und in den nächsten Monaten zugelassenen m-RNA-Impfstoff, der schnell produzierbar sei, über Impfstoffdesign, Entwicklung, Zulassung, Schutzwirkung und über Verfahrenswege berichtete der „Verband Forschender Arzneimittelhersteller".
Tatsache ist, daß der m-RNA-Impfstoff ein neues Impfstoff-Prinzip darstellt, welches bisher noch nie am Menschen angewandt wurde. Wir wissen wenig bis nichts über Kurz- oder Langzeitnebenwirkungen. Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffes können abschließend erst in der breiten Anwendung beurteilt werden.
Gutachten haben eine prozentuale Impfbereitschaft bei den Bürgern von etwa 50-60 Prozent ausgemacht. In der Enquete-Kommission war man der Ansicht, daß dieser Prozentsatz zu gering sei.
Wir fragen uns, auf welcher Grundlage das beurteilt wird.
In der Wissenschaft geht man davon aus, daß die Dunkelziffer deutlich größer ist als die bekannte Melderate – sie kann bis zum Zehnfachen der offiziell verlautbarten Anzahl infizierter Personen oder mehr betragen. Sie nimmt kontinuierlich zu – wir kennen sie nicht!
Eine wissenschaftliche Studie, randomisiert, prospektiv, hätte uns Auskunft geben können über Zahlen von Erkrankten, asymptomatischen Virusträgern, gesunde, nicht nichtinfizierte, insbesondere auch über bereits immunisierte Personen, sowie über die Höhe der Dunkelziffer an SARS-CoV-2-positiven Personen, also das gesamte Spektrum an Möglichkeiten. Gerade im Hinblick auf geplante Massenimpfungen ist es wichtig, hier Auskunft über die Immunisierungsrate der Bevölkerung zu erlangen.
Diese Anregung gab bereits Herr Prof. Murswiek in seiner Stellungnahme. Unser Plenarantrag, eine solche sinnvolle Studie zu initiieren, wurde abgelehnt. Jetzt, auf dem Boden der Unkenntnis eine niedrige Impfbereitschafft beurteilen zu wollen entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Der Fokus des „Verband Forschender Arzneimittelhersteller" auf die Impfstoffentwicklung hatte uns irritiert. Auf Nachfrage über den Entwicklungsstand antiviraler Medikamente wurde darauf eingegangen.

Damit wird der Entwicklung und Applikation eines Impfstoffes eine überragende Bedeutung im Rahmen des Umgangs mit dem Infektionsgeschehen beigemessen.
Dabei befremdet teilweise die Tonalität in der Kommunikation bezüglich Einführung und Anwendung des neuartigen Impfstoffes.
Die Impf-Entscheidung trifft der Bürger. Es darf keinen indirekten Impfzwang geben dahingehend, daß nicht geimpfte Personen gesellschaftliche Nachteile zu erwarten haben.
Es ist zu hoffen, daß sich die mit der Entwicklung und Anwendung dieses Impfstoffes verbundenen Erwartungen erfüllen.
Oberste Priorität muss dabei sein, mögliche Risiken zu vermeiden.